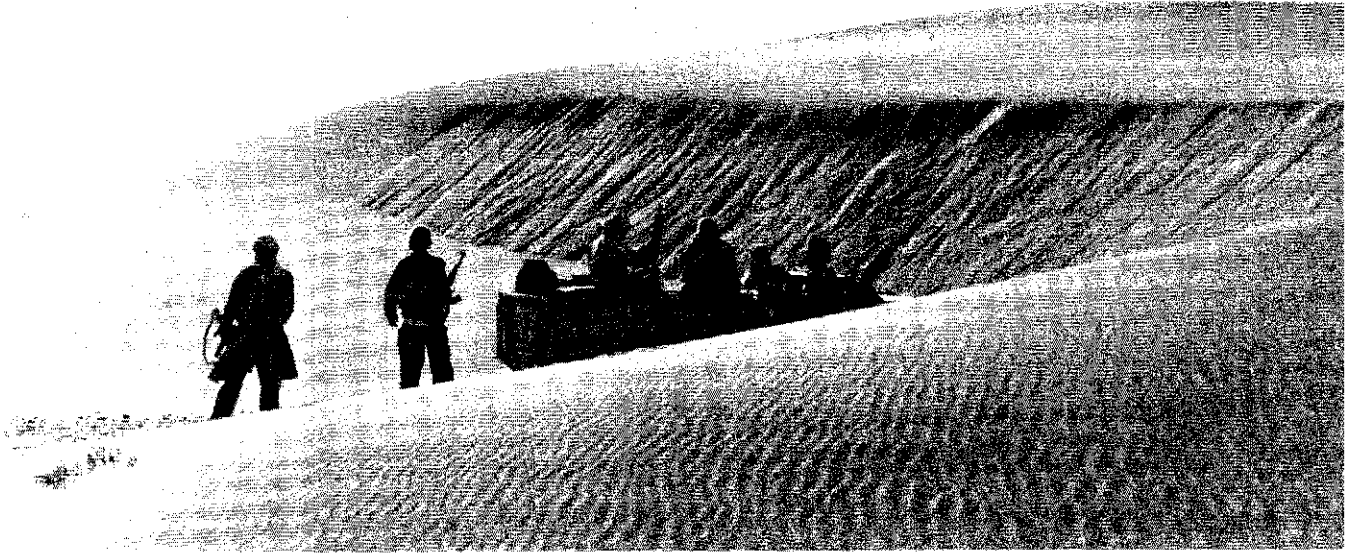


# AUSLAND



Polisario-Guerrilleros in der West-Sahara: Spanische Fischer als Kriegsgegner

## SPANIEN

### Als Bruder

Mehr als zwei Jahre nach dem Rückzug der Kolonialtruppen aus der West-Sahara droht ein neuer Konflikt um das phosphatreiche Wüstenland.

Im Pardo-Palast zu Madrid hielt der Igreise Generalissimus Francisco Franco seine letzte Ministerratssitzung ab. Unbemerkt von den Anwesenden trug der spanische Staatschef, der sich seit Tagen unwohl fühlte, ein kleines Gerät auf der Brust, das seine Herzaktivität aufzeichnete und auf ein Bildschirmgerät im Nebenzimmer übertragen wurde.

Plötzlich sahen die dort versammelten Ärzte, daß die Herzkurve des Patienten zu flattern begann. Den Kranken hatte etwas in Aufregung versetzt – und zwar die Mitteilung, daß Marokkos König Hassan II. seine Landsleute zum Marsch auf El-Aiun mobilisierte, die Hauptstadt der spanischen Afrikabesitzung West-Sahara, auf die Marokko Gebietsansprüche erhob. Das war im Herbst 1975.

Wenige Wochen später war der Diktator tot und die Wüstenkolonie von den Spaniern freigegeben. Doch Aufregung verursacht die Sahara auch den Erben des Diktators noch.

Mehr als zwei Jahre nach dem friedlichen Abzug der einstigen Kolonialmacht sagte die sahrauische Befreiungsfront Polisario jetzt Madrid abermals den Kampf an. Spanische Fischer, die in den Gewässern vor der Küste der West-Sahara fischen, so ver-

kündete vor wenigen Tagen ein Sprecher der Polisario in Algier, würden künftig als Kriegsgegner behandelt und angegriffen.

Grund für die Kampfansage der Polisario ist die Ratifizierung eines Fischereiabkommens zwischen Marokko und Spanien, nach Meinung der Polisario eine unzulässige Unterstützung der Gebietsansprüche Marokkos auf die West-Sahara. Das Fischereiabkommen nämlich räumt spanischen Fischern Fangrechte vor den Gewässern der Saharaküste ein, die es als „Gewässer unter marokkanischer Jurisdiktion“ definiert – für die Polisario eine „Beleidigung der Rechte und der Souveränität des sahrauischen Volkes“.

Daß die Spanier mit ihrer einstigen Sahara-Kolonie noch Ärger bekommen würden, war schon vorprogrammiert, als sie sich aus ihr zurückzogen:

Um innenpolitisch den Rücken frei zu haben für die schwierige Übergangsphase nach Francos Tod, hatte Madrid überstürzt den Rückzug aus dem menschenarmen Wüstenland im Nordwesten Afrikas angetreten, in dessen Boden eines der größten Phosphatvorkommen der Welt lagert.

Anstatt den Sahrauis die versprochene Selbstverwaltung und Schutz vor den begehrlichen Nachbarstaaten zu gewährleisten, zu denen auch das linke Algerien gehört, arrangierte sich die Kolonialmutter mit Marokko und Mauretanien und überließ ihnen 1975 im Vertrag von Madrid die vorläufige Oberhoheit über die West-Sahara.

Zehntausende der zumeist nomadischen Wüstenbewohner wichen vor

den neuen Herren in Flüchtlingslagern aus. Ein paar hundert Polisario-Kämpfer dagegen – massiv unterstützt vom Anrainerstaat Algerien, der sich von der Polisario Zugang zu den Phosphatvorkommen erhofft – verschärften ihren Guerillakrieg gegen Marokko und Mauretanien, um die Unabhängigkeit ihres Landes zu erzwingen.

Zwar beteuerte die spanische Regierung immer wieder, der Vertrag von Madrid regle die Sahara-Frage keinesfalls endgültig, sondern nur so lange, bis die Sahrauis per Volksabstimmung selbst über ihre Zukunft entscheiden könnten; Spanien verfolge die Entwicklung lediglich mit „aktiver Neutralität“. Doch die Waffen, die Polisario-Guerillas bei ihren Scharmützeln mit marokkanischen und mauretanschen Soldaten erbeuteten, waren fast alle spanischer Herkunft.

Unter dem Druck der öffentlichen Meinung – Spaniens Sozialisten und Kommunisten sympathisieren mit der Polisario – ordnete die Regierung im vergangenen Sommer schließlich ein Ende der Waffenlieferungen an Marokko und Mauretanien an. Gleichwohl blieb die Haltung Spaniens im Sahara-Konflikt bis heute, so die konservative barcelonesische Tageszeitung „La Vanguardia“, „widersprüchlich“ und „doppeldeutig“.

Das war zum einen in der unmittelbaren Vergangenheit begründet: Anders als im benachbarten Portugal waren die Dekolonisierungsverhandlungen ja nicht erst nach dem Sturz der Diktatur, sondern noch von den Vertretern des Franco-Regimes eingeleitet worden, die lieber mit dem konservati-



Spanisches Staatsoberhaupt Juan Carlos, Soldaten\*: Schutz verweigert

ven Königreich Marokko paktierten als etwa mit dem sozialistischen Algerien. Die Entscheidung von damals engt heute den Spielraum der Regierung ein.

Die Wurzeln für die Widersprüche im Verhältnis Spaniens zu Nordafrika reichen freilich wohl noch ein paar Jahrhunderte weiter zurück. Denn als einzige klassische Kolonialmacht wurden die Spanier über weite Strecken ihrer Geschichte selbst erobert und beherrscht, von eben jenen Völkern, die sie später ihrerseits kolonisierten.

In nur vier Jahren unterwarfen einst aus Nordafrika eingedrungene Moslems das gesamte heutige Spanien außer dem äußersten Norden. Im Süden hielt sich die maurische Herrschaft 800 Jahre lang – und prägte Land, Leute und Kultur unauslöschlich.

Über weite Strecken der maurischen Herrschaft in Spanien lebten Moslems, Christen und Juden in einer für das damalige Europa ungewohnten gegenseitigen Achtung und Toleranz miteinander. Eheschließungen zwischen Arabern und Iberern waren an der Tagesordnung.

Das friedliche Nebeneinander wurde erst getrübt, als die Christen mit ihrer Reconquista, der allmählichen Rückeroberung der an die Araber verlorenen Gebiete, vorankamen.

Literarische Schlachtenschilderungen aus der Reconquista sind noch heute Pflichtlektüre für jedes spanische Schulkind – die bekannteste: das Epos vom „Cid Campeador“, der Valencia für die Christen zurückgewann.

1492 mußten die Mauren das letzte ihnen verbliebene Refugium, Grana-

da, verlassen. „Ich bin so sehr ein Spanier wie du“, soll der maurische Bürgermeister des Ortes Mojácar dem Abgesandten der „Katholischen Könige“, Ferdinand von Aragonien und Isabella von Kastilien, geantwortet haben, der ihn zur Rückkehr nach Afrika aufforderte. „Ihr solltet uns als Brüder und nicht als Feinde behandeln.“

Bruder und Feind zugleich – das blieben die Araber im Selbstverständnis vieler Spanier bis in die Gegenwart:

So erntete der Generalissimus Franco seine ersten Lorbeeren als Heerführer im Kampf gegen die aufständischen Rifkabylen. Doch mit Hilfe eines Bataillons „moros“, einheimischen Soldaten aus der damaligen spanischen

Nordafrika-Kolonie Marokko, schlug der gleiche Franco 1934 im Mutterland auch einen Aufstand asturischer Bergarbeiter nieder. Und als „Bruder“ pflegt heute Marokkos Monarch Hassan II. den spanischen König Juan Carlos zu titulieren.

„Traditionelle Freundschaft“ mit allen arabischen Staaten war denn auch einer der wenigen außenpolitischen Pluspunkte, deren sich das sonst fast isolierte Franco-Regime stets rühmen konnte – kein Palästinenser-Kommando etwa hat je eine Iberia-Maschine entführt. Doch über dem Poker um die Sahara bekam die iberisch-arabische Idylle Risse.

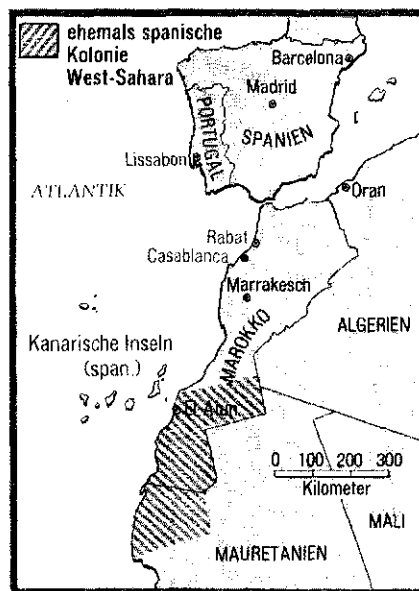
Marokkos Hassan suchte Spanien in der Sahara-Frage zu erpressen, indem er, unter anderem, Katz und Maus mit den spanischen Fischern spielte, die seit altersher vor seiner Küste fischen; je nach dem Stand der Verhandlungen ließ er sie von seiner Küstenwacht aufbringen oder ungeschoren weiterfischen.

Der Fischereivertrag, den er den Spaniern so schließlich abhandelte, sieht zwar feste Fangquoten für spanische Fischer vor, aber zugleich auch eine „Marokkanisierung“ der spanischen Fangflotte: Um nämlich weiter vor der fischreichen West-Sahara-Küste die Netze auswerfen zu dürfen, müssen spanische Fangunternehmen nun binnen fünf Jahren eine 50prozentige marokkanische Beteiligung zulassen.

Algeriens Boumedienne seinerseits setzte die Spanier an einem möglicherweise noch empfindlicheren Punkt unter Druck: Offen unterstützt er die separatistische Unabhängigkeitsbewegung für die Kanarischen Inseln, MPAIAC, die Spaniens lukratives Touristenparadies per Bombenterror in einen unabhängigen afrikanischen Staat umzuwandeln versucht.

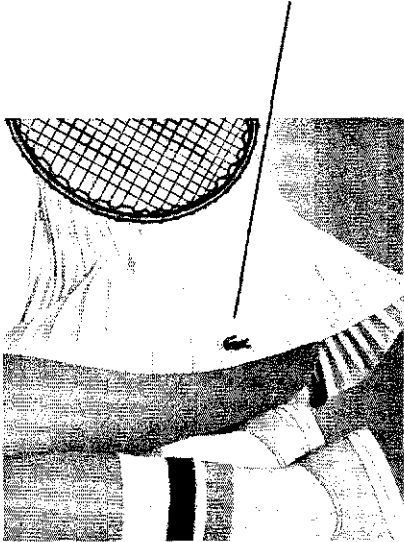
Allabendlich konnte von Algier aus der MPAIAC-Führer Antonio Cubillo über „Radio Canarias Libre“ zum Umsturz auf den unweit der West-Sahara-Küste gelegenen Inseln aufrufen. Die Kanaren, so das Organ der algerischen Staatspartei FLN, „El-Moudjahid“, im vergangenen Dezember, seien nun noch „Spaniens letzte afrikanische Kolonie“. Verärgert rief Madrid seinen Botschafter aus Algier zurück.

Auf Drängen des spanischen Sozialistenführers Felipe González, der seit langem gute Beziehungen zur FLN hat, darf Radio Canarias Libre neuerdings zwar nicht mehr aus Algerien senden. Dennoch bewog Algerien, assistiert von Libyen, vorigen Monat die in Tripolis tagende Außenministerkonferenz der Organisation für Afrikanische Einheit, die Unabhängigkeitsbestrebungen der MPAIAC künftig logistisch und wirtschaftlich zu unterstützen. Von den 49 anwesenden Ministern stimmten nur zwei gegen den Be-



\* 1975 in der West-Sahara-Garnisonsstadt El-Aюн.

# ...GESTATTEN »LACOSTE«



„Ich bin auf den schönsten Plätzen der Welt zuhause.“

Denn ich liebe die Natur und alles Echte. Deshalb ist die Baumwoll-Tennis- und Freizeitkleidung mit meinem Zeichen aus hundertprozentiger Naturbaumwolle gefertigt. Ohne synthetische Appreturmittel. Dafür mit der Hautsympathie, Weichheit und Schönheit eines edlen Naturprodukts. Mit mir kann man sich sehen lassen. Sie treffen mich nicht nur auf den schönsten Plätzen, sondern auch in den besten Geschäften.“

Senden Sie mir kostenlos den Farbprospekt und weitere Informationen über die Qualität und die Kollektion von Lacoste. YELLO SPORT GmbH, Abt. LACOSTE, Vitalisstraße 12, 5000 Köln 30.

schluß: die Vertreter von Marokko und Mauretanien.

Madrid reagierte scharf: Gestützt von sämtlichen im Parlament vertretenen Parteien wies die Regierung des Premiers Adolfo Suárez den OAU-Beschluß als „unerträgliche Einmischung“ zurück.

## ISRAEL

### Jede Seele wichtig

Ein Gesetz stellt die Bekehrung von Juden unter Strafe. Es wurde beschlossen, als Israel sich mit Sadats Friedensoffensive beschäftigte

Wir hier in Israel sitzen in Noachs Arche“, klagte Rabbi Israel Lau, „und wir müssen uns gegen jede Abwerbung wehren.“

Jahrhunderte der Verfolgung und Verbannung hat das jüdische Volk überstanden. Jetzt sehen orthodoxe Rabbis das Judentum in seinem Bestand bedroht: nicht durch die Araber, den Feind von außen, sondern durch die Missionstätigkeit christlicher Kirchen und Sekten in Israel.

Dagegen setzen sich strenggläubige Juden zur Wehr, gelegentlich mit zweifelhaften Methoden. Bibel-Läden von

nichtjüdischen Glaubensgemeinschaften wurden überfallen, dreimal brannte es in einem Bethaus der Zeugen Jehovas in Jerusalem.

Auch legal, gewissermaßen im Handstreich, kamen die jüdischen Ultras der Gefahr für die Seelen bei. Ende Dezember, während sich Israels Öffentlichkeit mit Sadats Friedensoffensive auseinandersetzte und für religiöse Streitigkeiten kaum Interesse zeigte, setzten die Ultras ein neues Strafgesetz in der Knesset durch.

Danach wird jeder, der durch Versprechen materieller Vorteile Juden zum Glaubenswechsel veranlaßt, mit fünf Jahren Haft bestraft. Ins Gefängnis kommt auch, wer um des Mämons willen dem Glauben der Väter abtrünnig wird.

Denn mit materiellen Verlockungen stellen „christliche Seelenfänger“ (Abendzeitung „Maariv“) den Kindern Israels nach, Rabbi Lau zufolge nicht weniger als 4500 Missionare von 80 bis 90 Sekten. Ihre Bekehrungsoffer fänden sie, so wird behauptet, unter den armen Juden, oft Einwanderern aus der Sowjet-Union. Für den Verzicht auf den Glauben der Väter erhielten die Bedürftigen angeblich gar wöchentliche Geldspenden, Möglichkeiten zur Auswanderung etwa nach Griechen-



Orthodoxe Juden in Israel: „Gegen jede Abwerbung“